

Polen

Kai-Olaf Lang

Polens erstes Jahr in der EU verlief erfolgreich. Die Wirtschaft erlitt keine übermäßigen Erschütterungen und ist weiterhin auf Wachstumskurs; der Landwirtschaft geht es unerwartet gut; Polen konnte mit seinem Engagement in der Ukraine-Krise außenpolitisch punkten, und die Bürger sehen die EU-Mitgliedschaft so positiv wie seit Jahren nicht mehr. Während das Land auf die Ziele „Schengen“ und „Euro“ zumarschert, bereiten ihm neben altbekannten internen Defiziten die Lähmungserscheinungen der EU infolge der Verfassungskrise und der im Juni 2005 gescheiterten Finanzverhandlungen Sorgen. Gleichzeitig stand Polens erstes Jahr in der Union bereits im Zeichen der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen vom Herbst 2005 und des sich abzeichnenden Regierungswechsels.

Innenpolitik

Zahllose Affären und die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit (mehr als 18 % im Sommer 2005) haben die Sympathien für die seit 2001 regierende Linke so tief sinken lassen, dass sie sich bei den Parlamentswahlen vom September 2005 keinerlei Siegeschancen ausrechnen kann. Auch die im Mai 2004 erfolgte Ernennung des technokratischen Wirtschaftsexperten Marek Belka zum neuen Premierminister konnte die Abwärtsbewegung der Linken nicht aufhalten. Ein Jahr nach Belkas Amtsantritt beurteilte nur ein Viertel der Polen die Arbeit der Regierung positiv.¹ Die Demokratische Linksallianz (SLD), wichtigste Stütze von Belkas Minderheitsregierung, liegt am Boden. Zahlreiche Skandale, die im Frühjahr 2004 erfolgte Gründung einer neuen Linkspartei, der Polnischen Sozialdemokratie (SDPL), durch unzufriedene SLD-Reformer und anhaltende parteiinterne Flügelkämpfe hatten zur Folge, dass die Popularität der Linksallianz auf einstellige Werte absackte. Die Ende Mai 2005 erfolgte personelle Erneuerung der SLD-Führung durch die Wahl des 31-jährigen Landwirtschaftsministers Wojciech Olejniczak zum neuen Parteichef kam zu spät.

Den Gruppierungen der Rechten hingegen gelang es, ihren Schwung beizubehalten. Die konservativ-liberale Bürgerplattform (PO) und die national-konservative Partei Recht und Gerechtigkeit (PiS) stellten sich spätestens seit Ende 2004 auf die Bildung einer gemeinsamen Regierungskoalition ein. Beide Parteien fordern einen entschlossenen politischen Neubeginn. In außen- und europapolitischen Fragen sowie bei gesellschaftspolitischen und „weltanschaulichen“ Themen nimmt die PiS „härtere“ Positionen ein als die PO. So strebt die PiS nach einer neuen, IV. Republik. Diese wäre ein „Staat der nationalen Solidarität“ und erforderte neben dem Umbau des Verfassungssystems eine „moralische Revolution“.² Überdies verlangt die PiS eine dezidierte „Entkommunisierung“ des öffentlichen Lebens sowie die Ausweitung der „Lustration“, also der Durchleuchtung von Inhabern öffentlicher Ämter auf der Zusammenarbeit mit den kommunistischen Geheimdiensten. Diese Forderungen werden von der PO zumeist nur in abgeschwächter Form unterstützt. Bedeutendere Unterschiede bestehen zum einen in der Wirtschaftspolitik, in

¹ CBOS, Stosunek do rządu i premiera, Forschungsmitteilung Nr. 93, Warszawa, Mai 2005 www.cbos.pl

² Wiosna partii Kaczyńskich, Rzeczpospolita, 30.5.2005.

der die PO einen stärker marktfreundlichen Kurs verfolgt, und in der Europapolitik. Hier kontrastiert die ausgeprägte Europaskepsis der PiS mit einer Mischung aus proeuropäischen und integrationskritischen Stimmen in der PO. Insgesamt ist die PiS eine deutlich offensivere Partei als die PO, die mit ihrem „gemäßigten Radikalismus“³ auch Wähler der politischen Mitte erreichen möchte. Diese Diskrepanzen zwischen PO und PiS, die Schwäche der proeuropäischen Parteien der Mitte und der Linken sowie der von populistischen, nationalistischen oder antieuropäischen Parteien wie der Liga der Polnischen Familien (LPR) oder der agrarischen Selbstverteidigung ausgeübte Druck werden die Suche nach einem neuen europapolitischen Konsens erschweren.

Polen und der Verfassungsvertrag

Als Premier Belka im Juni 2004 sein Einverständnis zum Kompromisspaket für den Verfassungsvertrag signalisierte, löste dies in Polen zunächst eine Welle der Kritik aus. Aus antieuropäischen und europaskeptischen Kreisen wurde Belka insbesondere aufgrund der Regelung des Abstimmungsverfahrens die Preisgabe polnischer Interessen vorgeworfen. Der katholischen Kirche fehlte die Bezugnahme auf christliche Werte in der Präambel. Gleichwohl verlor der verfassungskritische Schub an Elan. Die Regierung, die der ursprünglichen Variante des Verfassungsvertrags, insbesondere der ersten Version der „doppelten Mehrheit“ ablehnend gegenüber gestanden hatte, entwickelte sich rasch zu einer konsequenten Verfechterin des Dokuments. Während man zunächst von einem „anständigen Kompromiss“⁴ einem Vertragswerk, das „in gebührender Weise, die Interessen Polens berücksichtigt“⁵ sprach, wurde der Verfassungsvertrag später sogar als „reiner Gewinn“ für Polen⁶ bezeichnet. Ein polnisches Nein zum Verfassungsvertrag, so die Überlegungen, könnte das Land in der EU isolieren.⁷ Überdies sei beim Scheitern des Vertrags kaum mit einer aus polnischer Sicht besseren Lösung zu rechnen.⁸ In Anbetracht dessen erklärte selbst Jan Maria Rokita, der starke Mann der wichtigen oppositionellen Bürgerplattform, im Herbst 2004, man müsse zwischen einer Verhandlungssituation und einem durch eine polnische Regierung unterzeichneten Dokument unterscheiden.⁹

Einen Indikator für die Positionierung der polnischen Parteien stellte die Abstimmung über den Verfassungsvertrag im Europäischen Parlament dar. Für den Vertrag stimmten geschlossen die sozialdemokratischen und liberalen Abgeordneten (SLD, SDPL, Arbeitsunion [UP], Freiheitsunion [UW]), dagegen waren die Vertreter der Liga und von PiS sowie zwei Parlamentarier der Bauernpartei PSL. Bis auf eine Ausnahme enthielten sich alle Abgeordneten der Bürgerplattform.¹⁰

3 Radykalizm, ale umiarkowany, Interview mit Donald Tusk, Vorsitzender der Bürgerplattform, Rzeczpospolita, 30.4.2005.

4 So der damalige Außenminister Cimoszewicz im Herbst 2004, Bez rewolucji, bez zachwytu, Dziennik Polski 09-11-2004, www.ue.krakow.pl/main.php?TYPE=ART&ART_ID=4804

5 So Außenminister Rotfeld bei der Präsentation der außenpolitischen Prioritäten für 2005 vor dem Sejm, Informacja Rządu na temat polskiej polityki zagranicznej przedstawiona na posiedzeniu Sejmu 21 stycznia 2005 roku przez Ministra Spraw Zagranicznych RP prof. Adama Daniela Rotfelda www.msz.gov.pl

6 Namensartikel des Abteilungsleiters EU im polnischen Außenministerium, Paweł Świeboda, Eurokonstytucja – czysty zysk, Gazeta Wyborcza, 17.5.2005.

7 Informacja Rządu na temat polskiej polityki zagranicznej przedstawiona na posiedzeniu Sejmu 21 stycznia 2005 roku przez Ministra Spraw Zagranicznych RP prof. Adama Daniela Rotfelda www.msz.gov.pl

8 Paweł Świeboda, Eurokonstytucja – czysty zysk, a.a.O.

9 Polska opozycja przeciw konstytucji UE, Gazeta Wyborcza, 30.10.2004.

10 Auch vier Parlamentarier der „Selbstverteidigung“ sowie ein Abgeordneter der PSL enthielten sich. Insgesamt stimmten 15 polnische Parlamentarier mit Ja, 19 enthielten sich und ebenso viele waren dagegen. Parlament Europejski za konstytucją, większość naszych europosłów – przeciw, Gazeta Wyborcza, 13.1.2005.

Die innerpolnische Ratifizierungsdiskussion wurde immer stärker von innenpolitischem Kalkül bestimmt. Früh stellte sich heraus, dass alle relevanten politischen Kräfte für eine Ratifizierung durch Referendum eintraten. Doch bestanden von Anfang an Differenzen über den Termin. Die Parteien der Linken und Staatspräsident Kwaśniewski wollten eine eventuelle Abstimmung mit den Präsidentschaftswahlen im Oktober 2005 koppeln, da dies der einzige Urnengang mit einer wahrscheinlichen Wahlbeteiligung von über 50 % gewesen wäre.¹¹ Nicht zuletzt erhoffte man sich angesichts der verfassungskritischen Haltung im konservativen Lager, einen Politiker der Linken als „proeuropäischen“ Kandidaten aufzubauen. Die Gruppierungen der Rechten strebten aber ein Referendum erst 2006 an.

Nach den Abstimmungen in Frankreich und den Niederlanden änderte sich auch die polnische Debatte. Die konservativen Parteien sahen den Verfassungsvertrag entweder für definitiv gescheitert an oder wollten erst eventuelle Modifikationen des Vertrags abwarten, damit die Bevölkerung wisse, worüber sie abstimme.¹² Obwohl Premier Belka zunächst für die zügige Durchführung eines Referendums optierte, gab selbst Präsident Kwaśniewski Ende Juni dieses Vorhaben auf. Obwohl er, gestützt auf eine Mehrheit der Linken im Senat, einen Abstimmungstermin hätte durchsetzen können, fürchtete er den Ausgang. Bereits unmittelbar nach den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden fiel der Anteil der Befürworter um 17 Prozentpunkte. Der klare Vorsprung des Ja-Lagers verringerte sich substantiell und belief sich Anfang Juni 2005 auf 43% zu 24 %.¹³

Ein Jahr in der EU

Die erste Bilanz der polnischen Mitgliedschaft ein Jahr nach dem Beitritt fiel im Land überwiegend positiv aus. Institutionen, Wirtschaft und Gesellschaft Polens, so Premier Belka, seien der EU „effektiv“ beigetreten, Polen sei ein „normal funktionierendes Mitglied“ der Union.¹⁴ Auch ein von der Regierung veröffentlichter Bericht zeichnet ein optimistisches Bild.¹⁵ Hierbei handelt es sich keineswegs nur um politisch motivierte Schönfärberei. Denn tatsächlich haben sich „zahlreiche vor dem Beitritt formulierte Befürchtungen nicht bewahrheitet, wie: Überschwemmung des polnischen Marktes mit billigen Lebensmitteln aus der EU, massenhafter Bankrott kleiner und mittelständischer Unternehmen, Verschlechterung der Lage der Bauern oder Aufkauf von Land durch Ausländer“.¹⁶ Bemerkenswert ist, dass auch aus dem „europaskeptischen“ Spektrum keine vernichtende Kritik kam. Hier sprach man von einer „schwierigen Situation, ohne zu dramatisieren“¹⁷ oder zog sogar ein positives Fazit.¹⁸

11 Sollte die Wahlbeteiligung unter 50 % liegen, so müsste das Parlament mit Zwei-Drittel-Mehrheit zustimmen. Angesichts der politischen Kräfteverhältnisse würde eine solche Abstimmung höchstwahrscheinlich negativ ausgehen.

12 *Moralna choroba bogatych*, Interview mit Donald Tusk, Sejm-Marschall und Vorsitzender der PO, Erstes Programm des Polnischen Radios, *Sygnaly dnia*, 22.6.2005. www.radio.com.pl

13 Umfragen des Meinungsforschungsinstituts CBOS, CBOS: 54 proc. Polaków zamierza uczestniczyć w referendum konstytucyjnym, PAP, 15.6.2005, <http://euro.pap.com.pl>; einer Umfrage von GfK-Polonia von Mitte Juni zufolge beträgt das Verhältnis nur 46% zu 32%, *Konstytucja: słabe „tak“*, in: *Rzeczpospolita*, 23.6.2005.

14 *Tekst wystąpienia premiera Marka Belki na konf. omawiającej doświadczenia pierwszego roku członkostwa Polski w UE*, PAP, 27.04.2005; <http://euro.pap.com.pl>

15 *Bilans pierwszego roku członkostwa Polski w Unii Europejskiej*, Urząd Komitetu Integracji Europejskiej, Warszawa, 2005, [http://www2.ukie.gov.pl/HLP/files.nsf/0/8F9B1947F18892C7C1256FF0002881B9/\\$file/PolkawUE.pdf](http://www2.ukie.gov.pl/HLP/files.nsf/0/8F9B1947F18892C7C1256FF0002881B9/$file/PolkawUE.pdf)

16 a.a.O., S. 7.

17 *So der Vorsitzende der LPR; Giertych o roku w UE: nie jest dobrze, ale nie dramatyzuję*, PAP, 28.04.2005, <http://euro.pap.com.pl>

18 *Dies die Einschätzung des Warschauer Bürgermeisters und PiS-Politikers Kaczynski; L.Kaczynski pozytywnie o pierwszym roku w UE*, PAP, 25.04.2005, <http://euro.pap.com.pl>

Auch Polens Wirtschaft erlitt keinen Beitrittschock. Sie gewann an Fahrt und verbuchte ein kräftiges Wachstum (5,3 %), eine Reduktion des Handelsbilanzdefizits sowie einen beachtlichen Zustrom von Auslandsinvestitionen.¹⁹ Sicherlich waren aber nicht die EU-Mitgliedschaft allein, sondern länger andauernde Prozesse ursächlich. Der Beitritt wirkte hierbei eher als „Katalysator“.²⁰ Unverkennbar ist jedoch, dass sich gerade kleinere Unternehmen neuen Herausforderungen stellen müssen. Der Konkurrenzdruck auf dem heimischen Markt hat zugenommen, insbesondere kleinere und mittelgroße Firmen haben mit der Umsetzung neuer Vorschriften zu kämpfen, kommen nicht so einfach an EU-Gelder.²¹ Zwar sehen zwei Drittel der polnischen Unternehmer den EU-Beitritt ihres Landes ein Jahr danach positiv, dieser Anteil lag vor dem 1. Mai 2004 noch 20 Prozentpunkte höher.²²

Trotz einiger Negativeffekte wie Preissteigerungen bei Lebensmitteln oder Energie hat sich die gesellschaftliche Akzeptanz der Unionsmitgliedschaft erhöht: Im Frühjahr 2005 gab es 79 % Befürworter. Ein ähnlich hoher Wert war letztmals 1996 ermittelt worden. Auffallend war dabei der kräftige Anstieg EU-freundlicher Stimmungen in der traditionell wenig Europa-begeisterten Bauernschaft.²³ Dieser Umstand wird auf die Direktzahlungen im Rahmen der GAP und andere monetäre Vorteile zurückgeführt. Erstmals seit Mitte der 90er Jahre erhöhte sich somit das Einkommen der polnischen Bauern.²⁴

Dauerbrenner

Polen hat im ersten Jahr als EU-Mitglied aber auch mit altbekannten Problemen zu kämpfen, die nunmehr ohne den Hebel „Beitrittskonditionalität“ zu lösen sind

Da wären insbesondere die beiden manifesten Ziele „Schengen“ und „Euro“. Anfang 2005 hieß es aus dem Warschauer Innenministerium, Polen werde voraussichtlich im Oktober 2007 in den Genuss des Wegfalls der Personenkontrollen an den EU-Binnengrenzen kommen.²⁵ Bis dorthin soll vor allem die polnische Ostgrenze „sicher“ sein, schon vorher muss das neue Schengener Informationssystem (SIS II) einsatzfähig sein. Mit rund 300 Mio. Euro, auf die Polen (vor allem im Rahmen einer speziellen „Schengen-Fazilität“) in den Jahren 2004-2006 zugreifen kann, dürfte hierbei Geld kein Problem darstellen. Dennoch gibt es Zweifel, da man angeblich sowohl bei der Einführung des Informationssystems als auch bei der Schaffung des hierfür erforderlichen Führungsbüros SIRENE im Verzug ist.²⁶

Der Euro soll laut Regierung sowie Nationalbank erst gegen Ende des Jahrzehnts eingeführt werden, wobei die größten Schwierigkeiten das Budgetdefizit bereiten dürfte (2005 etwa 4,5 % des BIP).²⁷ Daher begrüßte Polen die Reform des Stabilitätspakts vom März 2005. Erhofft man sich doch alleine durch die Berücksichtigung des Umbaus des Rentensystems schon 2007 eine rechnerische Reduktion des Fehlbetrags auf 3,3 %. Angesichts der vorerst bestehenden Unklarheit darüber, ob die Flexibilisierung des Stabilitätspakts auch für Neumitglieder gilt, kann sich Warschau aber nicht auf diesen lediglich buchhalterischen Defizitabbau verlassen.²⁸

19 FAZ Institut, Länderanalyse Polen, April 2005.

20 Our First Year in the EU, Warsaw Voice, 11. Mai 2005, www.warsawvoice.pl/view/8425

21 Pracodawcy: więcej plusów niż minusów, PAP, 28.4.2005, <http://euro.pap.com.pl>

22 Sondaż: większość przedsiębiorców pozytywnie o akcesji do UE, PAP, 6.5.2005, <http://euro.pap.com.pl>

23 Vgl. Stosunek Polaków, Węgrów, Czechów i Słowaków do członkostwa w NATO i UE, CBOS, Komunikat z badan, Nr. 79 2005.

24 Wspólny rynek już się opłaca, Rzeczpospolita, 22.12.2004.

25 Za dwa lata zniknie granica z Unią, Gazeta Wyborcza, 26.1.2005.

26 Do Schengen później, Rzeczpospolita, 2.6.2005.

27 FAZ Institut, Länderanalyse Polen, April 2005.

28 Vgl. Trichet/Zmiany w Pakcie Stabilizacji nie przyspieszą wejścia nowej 10. do strefy euro, PAP, 9.4.2005.

Wie in anderen Mitgliedsländern auch hatte sich die Vorbeitrittsdiskussion in Polen stark um die aus Brüssel strömenden finanziellen Transfers gedreht. Im Vorfeld des Beitritts wurde daher auf eine limitierte Absorptionsfähigkeit etwa aufgrund fehlender administrativer Kapazitäten oder unzureichender Kofinanzierungsmöglichkeiten hingewiesen.²⁹ Noch wäre es verfrüht, auf das grundsätzliche Ausschöpfungspotential Polens zu schließen, da die Auszahlung gerade der Strukturfondsmittel erst angelaufen ist. Eine mit der Einschätzung der Absorptionsfähigkeit beauftragte Parlamentariergruppe sah Polen bis 2006 etwa 70-80 % der assignierten Gelder aus den Strukturfonds abrufen.³⁰ Diese Quote scheint allerdings recht optimistisch, wo doch die alten Mitgliedsländer zwischen 1994 und 1999 bestenfalls bei etwa 70 % lagen.³¹

Nach wie vor bleibt die schon vor dem Beitritt monierte Reform der öffentlichen Verwaltung sowie der Justiz eine permanente Herausforderung. Exemplarisch ist das Phänomen der Korruption. Im Ranking von Transparency International weist Polen den höchsten „Korruptionsperzeptionsindex“ von allen EU-Beitrittsländern des Jahres 2004 auf.³² Die Antikorruptionsstrategie der polnischen Regierung, so polnische Fachleute, sei zu spät und bislang nachlässig umgesetzt worden.³³

Der Agrarsektor, ein weiteres Sorgenkind Polens, profitierte deutlich: die Erzeugerpreise erhöhten sich, der Export landwirtschaftlicher Güter in die EU wurde ausgebaut, in die Lebensmittelindustrie wurde teils massiv investiert, der ländliche Raum erhielt Mittel aus dem Vorbeitrittsfonds SAPARD, und in Form der Direktbeihilfen flossen beachtliche Summen in die Taschen der Landwirte. Insgesamt sollen zwischen 2004 und 2006 etwa 7 Mrd. Euro aus dem EU-Haushalt „aufs Land“ gelangen.³⁴

Polen „entdeckt“ die GASP

Mit dem Engagement in der Ukraine-Krise konnten Polen nicht nur einen Erfolg in seiner Außen- und Ostpolitik erzielen, sondern auch wichtige Akzente in der GASP zu setzen. Die „Kiewer Mission“ von Staatspräsident Kwaśniewski, die Einbeziehung Javier Solanas in die Vermittlertätigkeit, die Aktivitäten der polnischen Europaparlamentarier nach der „Orangen Revolution“, oder der Versuch, nicht nur das benachbarte Litauen, sondern auch Deutschland in Sachen Ukraine ins Boot zu bekommen, dies alles resultiert aus dem polnischen Wunsch, als Mitglied von EU und NATO „einen neuen Anfang in den Beziehungen des Westens zur Ukraine“ herbeizuführen.³⁵ Warschau hat erkannt, dass Polens besonderes Interesse an einer stabilen, demokratischen, reform- und westorientierten Ukraine am besten durch die Europäisierung der polnischen Ostpolitik realisiert werden kann. Deswegen hat sich Polen aktiv in die konzeptionelle Diskussion um die Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) sowie die Ausgestaltung der Kooperationsbeziehungen zwischen EU und Ukraine eingebracht. Über die ENP hinaus votiert Polen für eine EU-

29 Vgl. Marzenna Guz-Vetter, Schwieriges Geld aus Brüssel. Polen und die Struktur Gelder der EU, in: Osteuropa, Osteuropa, Nr. 5/6 2004, S. 347-359; Paweł Samecki: Przepływy finansowe między UE a Polską w latach 2004-2013, in: Centrum Europejskie Natolin: Korzyści i koszty członkostwa Polski w Unii Europejskiej. Raport z badań, Warszawa 2003, S. 30-58.

30 Raport nt. wykorzystania środków UE przez Polskę, PAP, 17.6.2005, <http://euro.pap.com.pl>

31 Vgl. Sándor Richter, EU-enlargement: The issues of transfers, in: ders. (Hg.), The Accession Treaty and Consequences for New EU Members, April 2003 (No. 18), wiiw, Current Analyses and Country Profiles, S. 3-11, S.5.

32 Transparency International, Corruption Perceptions Index 2004, www.transparency.org

33 Korupcja w Polsce – najwyższa wśród nowych członków UE, PAP, 29.4.2005, <http://euro.pap.com.pl>

34 Direktzahlungen wurden von 1,4 Mio. Bauern, d.h. 85 % der registrierten Landwirte beantragt, vgl. Wyrażnie lepiej, Rzeczpospolita, 27.11.2004.

35 Informacja Rządu na temat polskiej polityki zagranicznej przedstawiona na posiedzeniu Sejmu 21 stycznia 2005 roku przez Ministra Spraw Zagranicznych RP prof. Adama Daniela Rotfelda, www.ms.gov.pl

Mitgliedschaftsperspektive für die Ukraine und besteht auf einer Politik der offenen Tür. Polen tritt auch für die Aufnahme der Türkei in die EU ein, da es nur nach dieser Möglichkeiten für die Ukraine sieht.³⁶ Auch mit Blick auf das angespannte Verhältnis mit Russland setzt Polen auf die GASP. Warschau will, dass die Beziehungen zu Russland vorrangig über „Brüssel“ laufen, nicht aber, dass sich Sonderbeziehungen Moskau-Berlin oder Moskau-Paris herausbilden. Damit hat sich die offizielle Warschauer Außenpolitik von gewissen Zweifeln an der GASP verabschiedet. Zumindest aus Sicht der bis Herbst 2005 regierenden Equipe ist die GASP „mindestens so wichtig wie der gemeinsame Markt“.³⁷

Doch kein „awkward partner“?

Aufgrund seiner oft harten Haltung bei den Beitrittsverhandlungen, wegen seiner Affinität zu Washington und des Verhaltens im Irak-Konflikt, durch die vorübergehende Halsstarrigkeit bei der Neuregelung des Entscheidungsverfahrens im Verfassungsvertrag kam Polen mit dem Image eines Störenfrieds in die EU, wurde für einen neuen „awkward partner“ gehalten, der allein „um der Renitenz willen“ hartnäckig sein würde.³⁸ Das erste Jahr der polnischen EU-Mitgliedschaft zeigte indes, dass Polen sich nicht anschiebt, zu einem zweiten Großbritannien zu werden. Weder gedenkt Warschau eine Sonderrolle als Integrationsbremser zu spielen noch kämpft es für individuelle Ausstiegsklauseln aus Teilbereichen des Acquis. Der Schengen-Zone möchte man möglichst bald beitreten, die Frage der Euro-Übernahme gegen Ende der laufenden Dekade wird nicht kontrovers diskutiert. Trotz weiterhin bestehender Vorbehalte gegen die ESVP beteiligt sich Polen etwa an der EU-Mission Althea in Bosnien-Herzegowina und an der Etablierung einer der dreizehn Kampfgruppen teil.³⁹ In dieses Bild passt auch, dass das Nein des polnischen Verfassungsgerichtshofs zum Europäischen Haftbefehl „weich“ ausfiel. So wurde zwar die auf dem diesbezüglichen Rahmenbeschlusses des Rats fußende Änderung der polnischen Strafverfahrensordnung für unvereinbar mit der Verfassung angesehen, doch können polnische Staatsbürger bis Herbst 2006 auf der Grundlage der beanstandeten Norm an andere EU-Länder ausgeliefert werden. Die erste Phase der EU-Mitgliedschaft brachte vielmehr ein neues, konstruktives Gesicht Polens zum Vorschein. Während und nach der Orangen Revolution fungierte Polen als erfolgreicher Krisenmanager und Motor der europäischen Politik gegenüber der Ukraine. In der Ratifizierungskrise des Verfassungsvertrags gab sich Warschau als Streiter für das gefährdete Dokument und gegen eine EU, so Präsident Kwaśniewski, „ohne institutionelle Vision“. Beim EU-Finanzstreit demonstrierte Premier Belka Flexibilität und gewann Sympathien, als er im Namen der neuen Mitgliedsländer durch ein Kompromissangebot ein Scheitern in letzter Minute abwenden wollte. So war das Treffen der Außenminister des Weimarer Dreiecks mit dem britischen Europaminister im Juni 2005 ein Beleg für das Bemühen Warschaus, sich als Vermittler einzuschalten.

Es wird sich aber erst zeigen, ob diese neue Elastizität von Dauer ist. Insbesondere diejenige politische Option, die nach dem Herbst 2005 tonangebend sein wird, also das konservative Lager, muss unter Beweis stellen, dass es in der Lage ist, eine Balance zwischen patriotischer Rhetorik und europäischem Pragmatismus zu finden.

36 Im polnischen Außenministerium wurde daher ein Team für Erweiterungsfragen gebildet. Za Ukrainą i Turcją, Rzeczpospolita, 17.6.2005.

37 So Polens Außenminister Rotfeld, Spectre of populism hangs over Europe, Polish minister says, in: euobserver, 23.6.2005, www.euobserver.com

38 Heather Grabbe, Poland: The EU's new awkward partner, February/March 2004, Centre for European Reform, Bulletin, Issue 34 http://www.cer.org.uk/articles/34_grabbe.html

39 Wojsko w UE – unijne misje i grupy bojowe, PAP, 26.04.2005, <http://euro.pap.com.pl>